

Der Landrat

St. Goarshausen, den 2. Januar 1939.

L.Nr. 11

6. Jan 1939

Betrifft: Verbrauch an Mineralölerzeugnissen bei den Feuerwehren.

Unter Bezugnahme auf den RdErl.d.RFSSuChdDtPol.im RMdJ. vom 13. Dezember 1938-O-Kdo F (2) 210 Nr. 59/38 (RMBliV.S. 2164 m) ersuche ich um Angabe des Bedarfs an Mineralölerzeugnissen bei den Freiwilligen- und Pflichtfeuerwehren.

In dem anliegenden Formblatt sind alle Mineralölerzeugnisse einzutragen, die beim Betrieb der Kraftfahrzeuge und Motorspritzen zur Verwendung kommen.

Frist: 15. Januar 1939.

Die Frist ist unbedingt einzuhalten.

An

den Herrn Bürgermeister
in

J. V.

Krafft

Der Bürgermeister.

Nastätten, den 9. Januar 1939.

Goarshausen, den 8. Januar 1939.

Handwritten signature

Betr. Verbrauch an Mineralölzeugnissen bei den Feuerwehren.
Zur Verfügung vom 2.1.1939.

Unter Bezugnahme auf den Rdnr. 1. d. R. 22. Gd. Pol. im Rdnr. 3. vom

hiermit beauftragt die Gemeindeverwaltung, die

ersuche ich um Angabe des Bedarfs an Mineralölzeugnissen bei
den Freiwilligen- und Pflichtfeuerwehren.

In dem anliegenden Formblatt sind die Mineralölzeugnisse

einzelnen, die bei den Feuerwehren und Motorfahrzeugen
zur Verwendung kommen.

Frst: 15. Januar 1939.

Die Frst ist unbedingt einzuhalten.

J. V.

An Herrn Landrat

in

ST. Goarshausen

der Herr Bürgermeister

ist

Handwritten: 14-4

Der Kreisfeuerwehrführer
des Kreises St. Goarshausen
Fernsprecher 244
Tagebuch Nr. ./. .

St. Goarshausen, den 25. Januar 1939.

27. Jan. 1939

27.

Bei der Nassauischen Brandversicherungsanstalt zu Wiesbaden stehen 5 Stück gebrauchte Saug- und Druckspritzen, die von der Berufsfeuerwehr überholt worden sind, zum Preise von je 200 RM zum Verkauf.

Falls der Erwerb einer solchen Spritze in Aussicht genommen sein sollte, bitte ich, sich sogleich dieserhalb an die Brandversicherung zu wenden.

G r o e f f .

An

den Herrn Bürgermeister
in

Kupferhammer

14-14

11. 27. 39.
In der unten
+ ob. +
G.

Der Bürgermeister.

Nastätten, den 17. März 1939.

An

den Herrn Landrat

St. Goarshausen.

Betr. Kraftfahrzeuge der Feuerlöschpolizei.

Zur Verfg. v. 14.3.1939 L.Nr. 636.

Die Fahrzeugbeschreibung wird hiermit übersandt.

14-14

Handwritten signature

der Herr Bürgermeister

Handwritten signature

Der Landrat.

L.Nr. 636.

St. Goarshausen, den 14. März 1939.

Betrifft: Kraftfahrzeuge der Feuerlöschpolizei.

Für die im Kreise St. Goarshausen im Verkehr befindlichen
Feuerwehr-Kraftfahrzeuge einschliesslich Motorspritzen
ist mir nach anliegenden Muster eine Fahrzeugbeschreibung
bis zum 18.d.Mts. spätestens vorzulegen.

Fehlanzeige ist erforderlich.

An
den Herrn Bürgermeister
in

Kreisheim

Likey

Der Landrat.

St. Goarshausen, den 24. März 1939.

L.Nr. 3909.

Stadl Nastätten

Eing. 28. März 1939

Betrifft: Kraftfahrzeuge der Feuerlöschpolizei.

Verfügungen, die die Feuerlöschpolizei betreffen, sind in Zukunft genauestens zu beachten, da ich andererseits gezwungen bin, Strafen in Anwendung zu bringen.

Über die Abstellung der Mängel an den Fahrzeugen, welche dem Dampfkessel-Überwachungsverein in Koblenz vorgeführt waren, ist mir umgehend zu berichten.

An
den Herrn Bürgermeister
in
Nastätten.

J. V.

[Handwritten signature]

W-7

11. 4. 39. L.
Luc. der Oltner
Ob. +
4

Der Oberpräsident
der Provinz Hessen-Nassau

O.P. Nr. 2644.

Der Reichsführer SS
u. Chef der Deutschen Polizei
im Reichsministerium des Innern

O-VuR. R II 913/39.

Abschrift.

Kassel, den 17. April 1939.

Abschrift.

Berlin, den 4. April 1939.

Schnellbrief!

Mittel zur Förderung des Feuerlöschwesens.

(1) Aus den auf Grund des Feuerschutzsteuergesetzes vom 1. Februar 1939-
RGBI. I S. 113-aufkommenden Mitteln wird im Einvernehmen mit dem Reichs-
minister der Finanzen für das erste Vierteljahr des Rechnungsjahres 1939
für Zwecke des Feuerlöschwesens der Betrag von 80 000 RM zur Verfügung
gestellt.

(2) Die Unterverteilung dieses Betrages ist nach Anhörung des Landes
bzw. Provinzialfeuerwehrführers und der in dem Gebiet zugelassenen
öffentlichen Feuerversicherungsanstalt, gegebenenfalls auch der privaten
Versicherungsunternehmen, restlos für Zwecke des Feuerlöschwesens und
möglichst in Höhe der bisher seitens der Versicherungsunternehmen
geleisteten Zuschüsse für folgende Sachgebiete vorzunehmen:

1) Beihilfen an Feuerwehren und Gemeinden:

- a) Beschaffung von Ausrüstungsgegenständen und Spritzenhäusern,
- b) zur Einrichtung und Erhaltung von Feuermelde- und Alarmgeräten,
- c) Unterrichtskurse und Führerkurse für Feuerwehren, Ausbildungslehrgänge für die Bedienung von Kleinmotorspritzen (Feuerlöschunterricht an Fortbildungsschulen),
- d) Zuschüsse an Gemeinden für Einrichtungen von Feuerschutznetzen.

2) Unterstützung von Feuerwehrorganisationen.

3) Einrichtung und Unterhaltung von Feuerweherschulen.

4) Teilnahme an Feuerlöschproben und feuertechnischen Veranstaltungen (Tagung von Feuerwehrverbänden).

5) Aufwendungen für die Förderung des Baues von Kleinmotorspritzen und ihre Prüfungen.

6) Beihilfen für die Verbesserung der Löschwasserversorgung.

7) Prüfung von Löschwasseranlagen.

8) Aufwendungen für sachliche Leistungen zur Verbesserung des Feuerlöschwesens im Zusammenhange mit dem Luftschutz.

9) Brand- u. Feuerschau (Besichtigungen und Prüfungen von Gebäuden und Einrichtungen auf Feuersgefahr).

(3) Ich weise ausdrücklich darauf hin, dass in obiger Aufstellung Kosten für die in Preussen ausgeführte hauptamtliche Brandschau nicht enthalten sind, wohl aber Mittel in Höhe der nicht zur Auszahlung gekommenen Zuschüsse der Versicherungsunternehmen an die Landes- bzw. Provinzial-Feuerwehrverbände für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1939. Die Zuteilung von Mitteln für die hauptamtliche Brandschau wird durch Sondererlass geregelt.

(4) Die Finanzierung der sonstigen gemeinnützigen Leistungen für Zwecke der Brandverhütung und -bekämpfung verbleibt den öffentlichen Feuerversicherungsanstalten.

(5) Die zur Auszahlung kommenden Beträge sind von Ihnen auf die örtlich zuständige Regierungshauptkasse anzuweisen und ausserplanmässig bei Kapitel V 14 hinter Titel 49 des Reichshaushalts der Ordnungspolizei für das Rechnungsjahr 1939 zu buchen.

Im Auftrage:

gez. Dr. Bader.

An die Landesregierungen (ausser Österreich u. d. sudetendeutschen Gebieten),
preussischen Oberpräsidenten -Kassel-

Abschrift

Abschrift übersende ich zur Kenntnis.

Da mit weiteren Erlassen über die Verteilung der Mittel aus der Feuerschutzsteuer zu rechnen ist, muss es hinsichtlich der Entgegennahme und Prüfung der Anträge auf den bisher von den Brandversicherungsanstalten aus eigenen Mitteln geförderten Aufgabengebieten bis auf weiteres bei dem bisherigen Verfahren bleiben. Danach sind die Anträge durch die Hand der Landräte den zuständigen Brandversicherungsanstalten vorzulegen, die mir die Anträge nach sachlicher Prüfung mit einem Vorschlag vorlegen. Ich werde alsdann im Rahmen der mir selbst zur Verfügung stehenden Mittel entsprechende Beträge zur Verfügung stellen. Nach Ausführung des Unternehmens, Lieferung der bestellten Geräte usw. und Vorlage der sachlich und rechnerisch geprüften Rechnungsunterlagen durch die Brandversicherungsanstalten werde ich die bewilligten Beträge zur Zahlung anweisen. Die sachliche Prüfung wird zweckmässig im bisherigen Umfang durch den höheren technischen Beamten der Brandversicherungsanstalten erfolgen.

Die den Anstalten noch vorliegenden Anträge bitte ich hiernach zu bearbeiten.

Absatz I meines Erlasses vom 24.ds.Mts. -O.P.Nr.1951-findet hierdurch seine Erledigung.

Etwa dort vorhandene Richtlinien über die Gewährung von Beihilfen bitte ich mir zu übersenden. Ich habe die Reg.-Präsidenten gebeten gebeten zu veranlassen, dass die Landräte, Bürgermeister u. Feuerwehrführer fñhrer entsprechend unterrichtet werden.

An die Hessische Brandversicherungsanstalt in Kassel,
An die Nassauische Brandversicherungsanstalt in Wiesbaden.

Abschrift übersende ich zur Kenntnis und mit der Bitte, die in Frage kommenden Oberbürgermeister kreisfreier Städte zu verständigen, sowie die Landräte anzuweisen, die Bürgermeister und Feuerwehrführer entsprechend zu bescheiden.

Über die Frage der Gewährung etwaiger weiterer freiwilliger Leistungen der Brandversicherungsanstalten, insbesondere der Gewährung billiger Darlehen, folgt baldmöglichst weiterer Erlass.

In Vertretung
gez. Dr. Nollau.

An den Herrn Regierungspräsidenten in Wiesbaden.

Der Landrat.

St. Goarshausen, den 31. Mai 1939

L.Nr. 1110.

June 1939

Abschrift zur Kenntnis. Anträge auf Bewilligung von Beihilfen sind mir spätestens bis zum 10. Juni 1939 zur Weiterleitung einzureichen.

J. V.
E n d e r .

An
den Herrn Bürgermeister
in

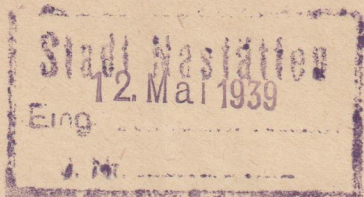
1. So haben Meiner seitdem
Mittel sich sehr gewandt
für Aufbringung.

17 Dec 1868

Der Landrat

St. Goarshausen, den 5. Mai 1939.

K.B.Nr.



Mit Bezugnahme auf meine Verfügung vom 23. Februar ds. Js. - K.B.Nr. - betreffend Bestellungen von Feuerwehrdruckschläuchen habe ich zum Ausdruck gebracht, dass die Nassauische Brandversicherungsanstalt sich bemühen wollte, für die Bestellungen die Bewilligung einer Prämie zu erreichen. Wie die Anstalt mir mitteilt, ist es noch nicht vorzusehen, ob die Bemühungen von Erfolg sein werden. Da im Interesse der Feuer-sicherheit die baldige Lieferung der Druckschläuche notwendig ist, so bitte ich um Mitteilung bis spätestens 20. Mai ds. Js. ob Ihre Bestellung aufrecht erhalten bleibt, auch wenn ein Zuschuss nicht gewährt wird. Wenn bis zum 20. Mai eine Mitteilung nicht eingegangen ist, so wird angenommen, dass die Bestellung aufrecht erhalten bleibt.

Dr. Brunsträger

An

den Herrn Bürgermeister

in

Nassau

1. Die Bestellung bleibt trotzdem
aufrecht erhalten.

2. In der Anstalt

24-17

11. 12. 39.
H. 12. 39.
H. 12. 39.

Abschrift.

Hessen-Nassauischer
Provinzialfeuerwehrverband.

Kassel, den 15. Mai 1939.

A.Z.Nr. III/27.

An die Herrn Kreisfeuerwehrführer!

Betr.: Feuerlöschprämien

Bezug: Rundschreiben 9/39 vom 12.5.1939 des Amtes für Freiwillige Feuerwehren 1065/39-Schn./Ste.-

Eine Feuerlöschzucht hat Bedenken geäußert, dass die weitere Zahlung von Feuerlöschprämien für gute Löschhilfe als ein Verstoß gegen den RdErl.d.RMdI.v.24.1.1939-Pol.-O.-VuR.PBG 2106/38 angesehen werden kann. Der Chef der Ordnungspolizei hat durch Erlass vom 4.5.1939 O-VuR R.II 493/39 entschieden, dass der oben genannte Runderlass als Verbot sich nur auf die die Strafverfolgung vorbereitende Ermittlungsarbeit der Polizei bezieht.

Ich bitte diese Entscheidung zur Kenntnis zu bringen, aber gleichzeitig dafür zu sorgen, dass Prämien, die für gute Löschhilfen gezahlt werden ausschliesslich im Interesse des Feuerschutzes oder für zusätzliche Anschaffungen der Wehr, nicht aber zu kameradschaftlichen Veranstaltungen verwendet werden.

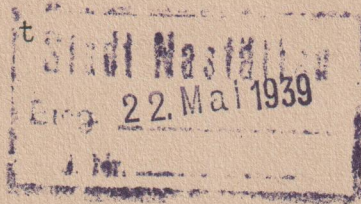
Obige Abschrift wird zur Kenntnisnahme übersandt mit der Bitte, die Gemeinden daraufhinzuweisen, dass Prämien nur für Feuerlöschzwecke verwendet werden dürfen.

Der Provinzialfeuerwehrführer:

gez. Unterschrift.

Verteiler: An die Herren Landräte 2. An die Herrn Kreisfeuerwehrführer.

Der Landrat
K.I.



St. Goarshausen, den 19. Mai 1939.

Abschrift zur Kenntnisnahme und genauen Beachtung.

J.A.

W e r n e r.

An

den Herrn Bürgermeister

in

St. Goarshausen

Handwritten notes and signatures:
1. 22. 31.
Für den B.
St.
Karl 24-4

Der Bürgermeister.

Nastätten, den 11. November 1938.

1. u. 11. 88

Betr. Bereitstellung von Personen zwischen dem 45. u. dem
60. Lebensjahre für den Feuerlöschdienst im "Bedarfs-
fall."

Zur Verfg. vom 20.10.1938. L.Nr. 81/37.

Nach Mitteilung des ehemaligen
Oberbrandmeisters Dauer sind die s.Zt. angegebenen Feuer-
wehr-Ersatzleute in mehreren Feuerwehrrübungen ausgebildet
worden.

Wie festgestellt worden ist, ha-
ben bereits die meisten inzwischen in der Hilfspolizei,
Luftschutz, Militärverwendungen usw. Verwendung gefunden.
Ersatz für diese Leute ist kaum hier noch vorhanden. Die
meisten sind bereits schon anderweitig organisiert.

An

den Herrn Landrat

in

St.Goarshausen.

*2. In den Militär
+ zur 24. H. soll +*

16. 11. 38

Der Landrat.
L.Nr. 81/37.

St. Goarshausen, den 20. Oktober 1938.

Betr.: Bereitstellung von Personen zwischen dem 45. und dem 60. Lebensjahre für den Feuerlöschdienst im „Bedarfsfall“

Unter Bezugnahme auf meine Verfügung L.Nr. 81 vom 15. Januar 1937 ersuche ich um Bericht, ob die Anordnung zur Ausbildung der älteren Jahrgänge unbedingt durchgeführt wird. Weiter ist festzustellen, ob die Ersatzleute auch heute noch im „Bedarfsfall“ restlos verfügbar sind, oder welche von ihnen anderweitig verwendet werden (Luftschutz, Militärbe-
orderungen usw.).

Frist: bestimmt 15.11.1938.

Stadt Goarshausen

Brunnträger.

An den Herrn Bürgermeister 27. Okt. 1938

in

Kopie

U. 24/11 38
Am 15. Dezbr. 1938
soologen

U. 2/12 39
Am 15. März 1939
soologen.

U. 20/12 38
Am 30. Januar 1939
soologen.

U. 14/3 39.
Am 30. April 1939
soologen.

U. 22/4 39
Am 30. Juni 1939
soologen.

U. 24/6 39.
Am 30. Oktbr
soologen.

24-7

Akt. 111.

Nass.Brandversicherungsanstalt
Der Oberpräsident
(Vorw. des Bezirksverbandes Nassau)
III E 5/23

Wiesbaden, den 27. Mai 1939

Herrn Landrat St. Goarshausen.

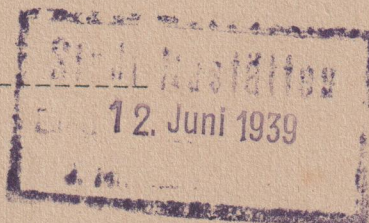
In letzter Zeit wird von einigen Vertretern ein Hand- Trocken-
feuerlöscher " Clou " an Bürgermeister und andere behördliche
Stellen zum Preise von 27 RM vertrieben.

Aus den hier vorgelegten Prospekten über den Trockenlöscher
" Clou " ist weder die Herstellerfirma noch der Vertreter
dieser Firma ersichtlich. Es kann auch nicht festgestellt
werden, ob der Löscher vom Technischen Ausschuss des Feuerwehr-
beirates geprüft und für gut befunden worden ist.

Damit die Gemeinden ihr Geld nicht für unnütze Zwecke
ausgeben, bitte ich die Herren Bürgermeister anzuweisen,
grundsätzlich nur solche Handlöscher zu kaufen, die vom
Technischen Ausschuss des Feuerwehrbeirates gutgeheissen worden
sind.

Ich bitte die Herren Bürgermeister anzuweisen, in Zweifels-
fällen den Herrn Bezirksfeuerwehrführer Branddirektor Diel in
Wiesbaden, Berufsfeuerwehr Neugasse, zu hören.

Nassauische Brandversicherungsanstalt
In Vertretung
gez. Dr. Ludewig
Landesrat.



Der k. Landrat
K.J.

St. Goarshausen, den 2. Juni 1939.

Abschrift zur Kenntnis.

L a n g e .

An
den Herrn Bürgermeister
in
Wasserkirchen

11. 18/6 39.
Im den V. M. M.
H. H.
Ch.

Der Landrat.

L. Nr. ./. .

St. Goarshausen, den 15. Juni 1939.

Stadt Nassau

Empf. 17. Juni 1939

Betrifft: Waldbrandgefahr

RdErl.d.RFSSuChdDtPol. im RMdJ.v.20. 5. 1939 - O - Kur R II 498/39. -
RMBIIV.S.1179.

Alljährlich werden grosse Werte deutschen Volksvermögens durch Waldbrände vernichtet. Die Ursache ist in den meisten Fällen sträflicher Leichtsinn und Nichtbeachtung der gesetzlichen Bestimmungen.

Um dem entgegen zu wirken, ersuche ich um Bekanntgabe der gesetzlichen Bestimmungen, sowie der Richtlinien zur Verhütung von Waldbränden an die Bevölkerung. Strenge Überwachung wird durch die Polizeibeamten erfolgen.

Den Schulleitern ist von dem Runderlass Kenntnis zu geben, damit diese von sich aus die Schulkinder über die Waldbrandgefahr belehren und auf die Folgen von Waldbränden, oder Brandstiftung hinweisen können.

An den
Herrn Bürgermeister
in

J.V.
E n d e .